

# : Politische Bildung heißt, sich einzumischen

## Zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse oder: was politische Bildungsarbeit bedeuten kann

JÁNOS ERKENS

**Im Oktober vergangenen Jahres brach auf der Facebook-Seite der Bildungsstätte Anne Frank ein regelrechter Shitstorm aus, mit dem unsere Social-Media-Verantwortlichen alle Hände voll zu tun hatten. Die Bildungsstätte stünde „mit Methoden der Denunziation für Toleranz“ war in unseren Kommentarspalten zu lesen, sie fördere „Sprechverbote“ und schränke die Meinungsfreiheit ein, ja mehr noch, sie sei quasi selbst ausgrenzend – und sogar: sie „beschmutze den guten Namen der Anne Frank“.**

Grund für diese Eruption von Beschimpfungen war unsere Aktion „mut, mutiger, Mund auf!“, mit der wir auf der Frankfurter Buchmesse 2017 für Vielfalt und gegen menschenfeindliche Ideologien geworben hatten. Denn die Veranstalter\_innen der Buchmesse hatten unseren Messestand in unmittelbarer Nähe zu dem des rechten Verlags Antaios platziert, der während der fünf Buchmesse-Tage unter anderem dem

homosexuellen- und migrationsfeindlichen Bestsellerautor Akif Pirincci sowie dem geschichtsrevisionistischen AfD-Politiker Björn Höcke eine Bühne bot.

Die „Mut-Aktion“ informierte das Buchmesse-Publikum über die ideologische Verortung und Publikationen des Verlags und forderte die Besucher\_innen auf, in Form eines Mund-Fotos ihre Stimme für Vielfalt und gegen rechts abzugeben. Mit Erfolg: Hunderte von Buchmesse-Besucher\_innen beteiligten sich an der Aktion, darunter Prominente wie Gregor Gysi, Renate Künast und Udo Lindenberg. Der Satiriker Jan Böhmermann teilte einen Post zu unserer Aktion auf seinem Facebook-Profil und trug damit das Thema über den Tellerrand der Messe hinaus in die Breite.

### Ist das noch politische Bildung?

Derweil wurde in Teilen der Social-Media-Community die Frage aufgeworfen, ob es sich bei dieser Form von Intervention überhaupt um politische Bildungsarbeit handelt – denn das sei ja schließlich der Auftrag, den eine Institution erfüllen müsse, die den Namen Anne Franks trägt und staatliche Förderung genießt. Für uns war die Buchmesse-Aktion jedoch Teil unseres Auftrags als zivilgesellschaftliche Akteurin, die politische Bildungsarbeit macht und gestaltet.

Denn politische Bildung bedeutet für uns: Demokratische Grundhaltungen stärken, Wissen über Menschenrechte vermitteln und gesellschaftliche Schieflagen problematisieren, um nicht zuletzt menschenfeindlichen Haltungen präventiv zu begegnen. Darin sehen wir uns der humanistischen Botschaft verpflichtet, die Anne Frank in ihrem Tagebuch festgehalten hat.

Dies geschieht in unseren stetigen Angeboten, die sich mit den Themen Antisemitismus, Diskriminierung, Menschenrechte, Rassismus, Flucht und Migration und anderen Konfliktfeldern innerhalb der Migrationsgesellschaft beschäftigen. In Workshops für Jugendliche oder Fortbildungen für Erwachsene sollen die Teilnehmenden Gelegenheit haben, sich mit ihrem eigenen diskriminierungsrelevanten Wissen kritisch auseinanderzusetzen und eine positive Lernerfahrung zu machen. „Diskriminierungsrelevantes Wissen“ bedeutet dabei, dass praktisch alle Menschen – ob der Mehrheitsgesellschaft zugehörig oder nicht – Argumentationen und Narrative verinnerlicht haben, die in irgendeiner Weise diskriminierend sind.

Im pädagogischen Setting soll eine Reflexion dieses eigenen diskriminierungsrelevanten Wissens stattfinden. In unserer rassistisch-kritischen Arbeit kann das bedeuten, zu hinterfragen, warum religiöse Muslime eigentlich so oft als gefährlich wahrgenommen und als „extrem“ bezeichnet werden – selbst wenn das Wissen um die tatsächlichen religiösen Praktiken der Betroffenen





sehr begrenzt ist. In der Reflexion ihrer eigenen Bilder von Islam und Muslim\_innen kommt es bei den Teilnehmenden oft zur Erkenntnis, dass die Dichotomisierung einer modernen und vorgeblich säkularen Mehrheitsgesellschaft einerseits und regressiven, religiös verhafteten Muslimen andererseits in vielerlei Zusammenhängen einer rassistischen Logik folgt.

Dabei ist ein zentraler Grundsatz in der Bildungsarbeit, die Person vom Problem zu trennen: Diskriminierende Aussagen müssen problematisiert werden, aber Menschen bleiben veränderungsfähig. Daher verurteilen wir nicht die Person, sondern die Handlung bzw. Aussage, die das eigentliche Problem ist. Rassistische, antisemitische und andere diskriminierende Argumentationen sind im Mehrheitsdiskurs enthalten und können unhinterfragt verinnerlicht worden sein. Hier ist es die Aufgabe von politischer Bildungsarbeit, eine Konfrontation mit eigenen Vorurteilen, gesellschaftlichen Diskursen und Schiefen zu ermöglichen. Dabei spielt die Perspektive von Betroffenen eine zentrale Rolle. Denn zur Reflexion hegemonialer Diskurse und zu einem demokratischen Aushandlungsprozess braucht es Gegenarrative, die außerhalb des pädagogischen Raumes marginalisiert und nicht gehört werden. Dafür arbeitet die Bildungsstätte seit vielen Jahren in verschiedenen Kontexten und Arbeitszusammenhängen mit marginalisierten Personen und Communities – etwa mit jüdischen Gemeinden, mit der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, mit Angehörigen

der NSU-Opfer und Nachkommen Überlebender des Genozids an den Armenier\_innen.

### **Zivilgesellschaft muss vielstimmig sein**

Die Partizipation unterschiedlicher Communities und die Möglichkeit vielfältiger Perspektiven sind Grundvoraussetzung dafür, dass ein zivilgesellschaftlicher Aushandlungsprozess gelingen kann. Im Fall der Buchmesse war ein Ungleichgewicht deutlich geworden, das sich bereits im vorgängigen Bundestagswahlkampf abgebildet hatte: Akteur\_innen aus rechten Szenen hatten zunehmend ausgrenzende, menschenfeindliche und geschichtsrevisionistische Positionen öffentlich artikuliert – und diese waren oft unwidersprochen stehen geblieben. Im zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozess politisch legitimer Ansichten hatten sich auch rassistische, homosexuellenfeindliche und antisemitische Positionen zunehmend normalisiert. Innerhalb dieses nach rechts verschobenen Diskurses konnte sich auch der Antaios-Verlag mit seinen völkisch-nationalen Positionen als „ganz normaler“ Teilnehmer der Buchmesse präsentieren – trotz der offensichtlich antidemokratischen und bisweilen menschenfeindlichen Aussagen seiner Vertreter\_innen.

In diesem Zusammenhang verstand es die Bildungsstätte als zivilgesellschaftliche Akteurin als ihre wesentliche Verantwortung,

auch in öffentlichen Räumen in einem kontroversen Aushandlungsprozess dafür zu sorgen, dass demokratische Stimmen gestärkt werden.

### **Demokratische Gegennarrative stärken**

Im Falle der Buchmesse haben wir einem medialen Ungleichgewicht, das durch die Fokussierung der rechten Akteur\_innen entstanden war, ein heterogenes Gegenarrativ entgegengesetzt, in dem viele unterschiedliche Menschen zu Wort kamen.

Unser Verständnis von politischer Bildung in der Zivilgesellschaft folgt also dem Anspruch, einen vielstimmigen Diskurs zu ermöglichen und zu fördern – denn nur darin können politische Meinungen gebildet und ausgetauscht sowie politische Alternativen entworfen werden. Die Grenzen derartiger Aushandlungsprozesse sind für uns dann erreicht, wenn antidemokratische, gewaltverherrlichende und menschenfeindliche Aussagen getroffen werden.

#### **JÁNOS ERKENS**

ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Bildungsstätte Anne Frank.

[jerkens@bs-anne-frank.de](mailto: jerkens@bs-anne-frank.de)